

"Wer will unter die Soldaten?" in Hannoversche Presse (10. Dezember 1949)

Legende: Am 10. Dezember 1949 übt die deutsche Tageszeitung Hannoversche Presse Kritik an den Diskussionen innerhalb des Atlantischen Bündnisses über eine mögliche Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und betont die Gefahren einer solchen Politik.

Quelle: Hannoversche Presse. Herausgeber Kospeter, Wilhelm. 10.12.1949, Nr. 188; 4. Jg. Hannover: Hannoversche Presse.

Urheberrecht: (c) Hannoversche Presse

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"wer_will_unter_die_soldaten_"_in_hannoversche_presse_10_dezember_1949-de-54cb0773-5f92-4b4e-9739-a316d7c561ea.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Wer will unter die Soldaten?

Von Peter Konradin

In Paris haben die Kriegsminister und Generalstabschefs der zwölf Atlantikmächte getagt. Wenn sich diese Kriegshandwerker versammeln, so bedeutet das immer für die Völker schlechte Zeiten und noch schlechtere für die Zukunft.

Dieses Mal hat man in den Vorwochen des Friedensfestes eine wunderliche Überraschung für das deutsche Volk. Man dementiert zwar in den politischen Regierungen. Aber man kann um so sicherer annehmen, daß die Militärs sich über das Thema unterhalten haben. Eine lebhaftere Auseinandersetzung hat begonnen über die Remilitarisierung Deutschlands. Wir sollen Menschen hergeben für Uniformen, wir sollen Soldaten haben oder stellen. Das ist die Kernfrage.

Der Altar ohne die Braut

Wie gesagt, diesen Staub haben nicht wir, sondern die Militärs der Atlantikmächte aufgewirbelt. Wer das Echo verfolgt hat, könnte meinen, es sei bestellte Arbeit gegen Deutschland. Die Nationalisten aller Länder, voran in Frankreich die Kommunisten, toben über das „Wiedererwachen des deutschen Militarismus“.

Dabei war es so, wie man es manchmal in den Zeitungen liest, daß der Bräutigam am Hochzeitstage vor der Kirchentür vergeblich wartet. Als Deutschland nämlich vor die Frage gestellt wurde, ob es als Braut an dem europäischen Altar der Uniformen sein Jawort geben wolle, schallte aus unserem Lande ein fast einmütiges Nein. Im Ausland war man ganz verduzt, weil wir anders reagiert hatten, als man es im Grunde des Herzens vielleicht wünschte.

Es ist offenbar geworden, daß im deutschen Volk die Gruppe derer, die bereit wären, freiwillig wieder eine Uniform anzuziehen, recht klein ist. Es sind die Generale und Berufssoldaten, soweit sie nicht inzwischen eine vernünftige zivile Existenz gefunden haben. Es sind jene Menschen, die von den Wellen der Heimat- und Existenzlosigkeit als Treibsand hin und her gejagt werden, die deshalb ihr Geschick hoffnungslos jedem Abenteuerer anvertrauen müssen. Die politischen Militaristen, die die „nationale Wehrhoheit“ fordern, übersehen, daß sie einem vergangenen Gespenst nachjagen, das in der heutigen Weltpolitik keine Realität mehr besitzt.

Der doppelte Mühlstein

Die Erkenntnis hat sich in unserem Lande durchgesetzt, daß in der Vergangenheit der Militarismus mit Kanonen statt Butter das ganze Leben des Volkes auffraß und daß als Folge heute die Besatzungskosten in gleicher Richtung wirken. Der gesunde Menschenverstand wehrt sich dagegen, daß man uns heute sogar beide Mühlsteine auf einmal um den Hals zu legen plant.

Es wäre deshalb gut gewesen, wenn die einmütige Ablehnung, die zuerst vom Bundeskanzler und dem Oppositionsführer Schumacher kam, von Seiten Adenauers hinterher nicht wieder eine Modifikation gefunden hätte. Es mag sein, daß der Bundeskanzler sich mit der Bemerkung, Deutschland könne gegebenenfalls Menschen in eine europäische Armee eingliedern, lehne aber eine eigene Armee ab, alliierten Andeutungen oder auch tatsächlichen Beratungen anpassen wollte. Aber wir glauben, daß es vernünftiger gewesen wäre, diese Einschränkung des Neins im tiefsten Kämmerlein zu vergraben.

Dafür gibt es gewichtige Gründe. Im Augenblick würde diese Konzession auf nichts weiter hinauslaufen als auf die Aufstellung von Söldnerdivisionen unter französischem Kommando. Landsknechte sind nicht gerade die zuverlässigsten Elemente, um ein politisches Ziel zu erreichen, nämlich Deutschland zu sichern. Sie könnten im Westen bei der politischen Ahnungslosigkeit der Militärs, die den politischen Ehrgeiz um so üppiger blühen läßt, und vor der nationalistischen Propaganda des Ostens nicht nur eine Gefahr werden für die deutsche Demokratie an sich, sondern auch zu einem Taugenack des 20. Jahrhunderts führen. Zumal, wenn die Sowjets als weltpolitischen Schachzug zunächst einmal die Aufgabe der Oder-Neiße-Linie ins

Gefecht führen würden, deren Rückverlegung General Rokossowski in Warschau sicherlich decken könnte. Die Unzuverlässigkeit sollte man übrigens auch nicht bei der sowjetischen „Volkspolizei“ der Ostzone übersehen.

Der Gedanke an eine Überführung von Kontingenten in eine europäische Armee ist auch deshalb heute unzeitgemäß, weil wir nicht wissen, ob dieses Europa kommen, und wie es dann aussehen wird. Als deutsches Volk sind wir nicht gewillt, unsere Söhne auf die Schlachtfelder einer Europa-AG, für die mit „Freiheit und Sicherheit“ verbrämten Interessen einer deutsch-französischen Schwerindustrie zu schicken.

Aus Alt mach Neu

Darüber hinaus sollten wir auch in der Weltpolitik aufhören, nur militärisch zu denken. Es kann nicht genug betont werden, daß die Sicherheit Europas in allererster Linie eine soziale Frage ist, die auf dem Felde der Politik entschieden wird. Wir wissen, daß dazu die Restauration des Kapitalismus allerdings nicht paßt. Ein grundlegendes soziales Gesetz, das die Voraussetzungen für die tatsächliche Gesundung der europäischen Völker schafft, ist gegenüber der totalitären Bedrohung des Ostens wichtiger als 50 Divisionen. Das Vakuum Westdeutschland, das dem Bundeskanzler so große Sorgen macht und das eine Bedrohung durch den Osten provozieren könnte, ist viel eher durch eine Neuordnung der Grundindustrien und durch eine resolute Durchführung der steckengebliebenen Bodenreform zu beseitigen als durch die nunmehr auf europäischer Ebene wiederholte Methode Görings, Kanonen statt Butter zu geben.

Wenn man uns Deutschen heute sagt, daß wir bei dem Appell zum Zukunftskrieg um Westeuropa strammstehen müßten, so verweisen wir endlich auf die Tatsache, daß das deutsche Volk seine Lage ganz anders sieht, als die Generalstabschefs in Washington, Paris oder London es sich vielleicht ausmalen. Das deutsche Volk wird in jedem Zukunftskrieg um Westeuropa, in diesem Krieg mit Atombomben, Bakterienwolken und gelenkten Raketen untergehen, ganz gleich, ob es Menschen für diese Auseinandersetzung in Uniformen steckt oder nicht. Die Gesamtlage stellt uns vor die ganz anders geartete nationale Lebensfrage, daß wir uns nicht um die Vorbereitung gegen den Angriff, sondern gegen den Krieg überhaupt vorzubereiten haben.

Diese Aufgabe kann nur in einer außenpolitischen Mündigkeit gelöst werden. Es ist ein Widersinn, daß man dieses Selbstbestimmungsrecht dem deutschen Volke vorenthält und ihm zugleich zumutet, auf dem Schachbrett der von anderen gelenkten Außenpolitik seine Söhne als Kanonenfutter zu opfern.